

Rundtafelgespräch "Scientifizierung der Politik"

Sting, Kurt; Herrfahrdt, H.; Peters, Alfred; Maus, H.; Schwarz, E.; Litt, Theodor; Sultan, Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sting, K., Herrfahrdt, H., Peters, A., Maus, H., Schwarz, E., Litt, T., Sultan, H. (1949). Rundtafelgespräch "Scientifizierung der Politik". In *Verhandlungen des 9. Deutschen Soziologentages vom 9. bis 12. August 1948 in Worms: Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen* (S. 83-97). Tübingen: Mohr Siebeck. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-376880>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

VI.
 Rundtafelgespräch
 Scientifizierung der Politik
 eingeleitet von
 KURT STING

Meine Damen und Herren! In Anbetracht der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit kann ich über das Projekt einer Scientifizierung der Politik, über das ich bereits auf der Mitgliedertagung unserer Gesellschaft in Bad Godesberg 1947 eingehender gesprochen habe, nur einige Andeutungen machen, durch die vielleicht auch einige Mißverständnisse beseitigt werden.

1. Scientifiziertheit und Scientifizierung

Den meisten Wissenschaften steht ein Anwendungsbereich gegenüber. Indem dieser die vorhandenen Erkenntnisse ganz oder teilweise nutzt, entsteht seine *Scientifiziertheit*. Die *mögliche* Scientifiziertheit wächst mit den Erfolgen der Wissenschaft. Die *faktische* bleibt meist hinter der möglichen zurück. Bei einer Verwilderung der Praxis kann es geschehen, daß die mögliche Scientifiziertheit steigt, während die faktische sinkt.

Die Anwendung der vorhandenen Erkenntnisse erfolgt selten ohne Vermittlung. Das Wissen muß irgendwie in die Praxis „hinübergepumpt“ werden. Dieses „Hinüberpumpen“ ist die *Scientifizierung*, die sich je nach dem Anwendungsbereich unterschiedlicher Methoden und Institutionen zu bedienen hat. So befindet sich die Landwirtschaft heute, gemessen an ihrem früheren Zustand und an der *möglichen* Scientifiziertheit, auf einem ziemlich hohen Niveau der Verwissenschaftlichung. Das wurde erreicht durch einen wirkungsvollen Vermittlungsapparat, bestehend in Fachschulen, landwirtschaftlichem Pressewesen, landwirtschaftlicher Beratung usw.

Das Verhältnis zwischen den Sozialwissenschaften (das Wort im allerweitesten Sinne genommen) und ihrem politischen Anwendungsbereich ist weniger glücklich. Es ist denkbar, daß die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften noch nicht ausreichend sind, um im Nutzungsbereich die rechte Durchschlagskraft zu entfalten. Andererseits steht außer Zweifel, daß das vorhandene Wissen seitens der Politik nur unzulänglich genutzt oder gar bewußt verdeckt wird. Daraus entsteht die Aufgabe, nach denkbaren Methoden und Institutionen der Scientifizierung der Politik forschende Umschau zu halten und das erfolgversprechendste System zu ermitteln. Diese Fragestellung könnte der Gegenstand der heutigen Aussprache sein; sie war jedoch nicht der Ausgangspunkt meiner Überlegungen.

2. Die Dringlichkeit der Scientifizierung der Politik

Eine Scientifizierung der Politik ist in einer Zeit, in der sich alle anderen Lebensbereiche der Wissenschaft erschließen, etwas Sinnvolles und Notwendiges in sich. Sie erlangt jedoch erhöhte Bedeutung durch ihre Beziehung zu dem bedrohlichsten aller Gegenwartsprobleme: dem Mißbrauch einer immer erfolgreicherer Naturwissenschaft zu destruktiven Zwecken. Man kann diese moderne Gefahr, die schlimmer ist als eine mittelalterliche Pest, ignorieren und denken: „Schicksal, schicke uns, was du willst!“ Wissenschaftsgemäßer wäre jedoch der Zusammenschluß aller Sozialwissenschaften zu einer Zweckforschung, die die Ursachen des Mißbrauches aufzudecken und Methoden zu ihrer Beseitigung zu finden trachtete. Das Ergebnis solcher Zweckforschung wäre vielleicht ein Programm, das eine Hebung der sittlichen Zustände, eine Änderung der Rechtsordnung und des Wirtschaftssystems, Verbesserungen der politischen Organisation und andere bisher noch ungeahnte Möglichkeiten und Maßnahmen in geordnetem Zusammenwirken zur Geltung brächte. Der von den Naturwissenschaften im Dienste des Destruktiven, im Dienste des Krieges und der Vernichtung „verübten“ Zweckforschung stände damit seitens der Sozialwissenschaften eine auf die Erhaltung unserer Zivilisation gerichtete Zweckforschung gegenüber, womit wenigstens der gute Wille und die humanitäre Absicht der Forschung einen Ausdruck fände.

Solche auf die Verhinderung des Destruktiven bedachten Untersuchungen würden sich nun aber vermutlich u. a. auch vor die Frage gestellt sehen, *was die Wissenschaft selbst, neben ihrer Forschungsarbeit, noch zusätzlich zur Vermeidung künftiger Debakel unterneh-*

men könne. Und in diesem Sinne stellte ich mir 1946 die Frage, ob nicht eine wirkungsvolle Scientifizierung der Politik, also eine umfassendere Anwendung vorhandenen Wissens und schon vorhandener Prinzipien wesentlich dazu beitragen könnte, vielleicht sogar schon ausreichen würde, den destruktiven Tendenzen Einhalt zu gebieten. Gesucht war also nicht eine beliebige Form der Scientifizierung, sondern jene, die eine bestmögliche sofortige Abwehr destruktiver Entwicklungen ermöglicht.

3. Scientifizierung als Abwehr des Forschungsmissbrauches

Die Vermutung, daß sich durch Scientifizierung dem Destruktiven erfolgreich entgegenwirken lasse, stützt sich u. a. auf folgende Beobachtungen und Überlegungen:

a) Der Mißbrauch der Wissenschaft vollzieht sich vor allem im Rahmen politischer Krisen und Katastrophen. Politische Debakel reifen erfahrungsgemäß aber heran in einem Orkan des Wissenschaftswidrigen, d. h. in Zuständen, in denen weiteste Kreise vorhandene Erkenntnisse und bewährte Prinzipien mißachten oder zu deren Nichtbeachtung angestiftet und angehalten werden. Durch frühzeitigen Widerstand gegen das Wissenschaftswidrige wird man also eine Voraussetzung künftiger Katastrophen beseitigen und eine Lawine im ersten Anrollen zum Stillstand bringen können.

b) Die Erfahrung lehrt weiter, daß die Masse der Mitwirkenden sich vor und während einer Katastrophe in einem Zustand der Selbstentfremdung befindet, in dem sie Zielen nachgeht und Wege verfolgt, die ihren eigentlichen Neigungen fremd sind und ihren vorhandenen Einsichten widersprechen. Dieser Zustand selbstentfremdenden Handelns wird zunächst herangezüchtet durch Verdunklung der einfachsten und vulgärsten Wahrheiten und durch Aufpeitschung von Leidenschaften, die die bewährtesten Verfahrensgrundsätze außer Kurs setzen. Erst in einem späteren Stadium tritt zu dieser Verdunklung und Verführung dann der Zwang. In der Verteidigung vorhandenen Wissens würde also die Selbstentfremdung und mit ihr eine weitere Voraussetzung künftigen Unheils unterbunden.

c) Aus der Tatsache, daß die Masse der Mitwirkenden selbstentfremdet handelt, folgt aber die wichtige Einsicht, daß die Verhinderung der Katastrophen *ohne Änderung der menschlichen Natur und ohne Zielsetzung*, durch bloße Verhinderung von *Zielverfälschungen* erreicht werden kann; und zwar durch Geltendmachung vorhan-

dener Prinzipien und Wahrheiten, in deren Bejahung sich die Wissenschaft *einig* ist, obwohl die unterschiedliche Gesinnung ihrer Repräsentanten und sonstige Gründe sie im übrigen zu einer Haltung der „Zielneutralität“ nötigen.

4. Die Methode der „abwehrenden“ Scientifizierung

Eine Scientifizierung in der hier vorgeschlagenen Art könnte selbstverständlich ihr Ziel nicht darin sehen, möglichst *viele* Wissenschaftswidrigkeiten zu verhindern, sondern sie müßte sich darauf beschränken, wenigstens gegenüber den *fundamentalen* und gefährlichsten erfolgreich zu sein.

Im Vordergrund stände deshalb der Kampf gegen die *Verfahrenswidrigkeiten*. Darunter wären zu verstehen die Verstöße gegen jene formalen Postulate der Wissenschaftlichkeit, die wohl aus der Bewährung im täglichen Leben hervorgingen und von der Wissenschaft zu ihren Prinzipien sublimiert wurden. Also: Verstöße gegen die Objektivität, die Systematik, die Gründlichkeit, die Präzision; Verstöße gegen die Logik, gegen die Anerkennung bekannter Tatsachen, gegen die Anerkennung des Wahrscheinlichen, gegen die Notwendigkeit, aus der Erfahrung zu lernen und gegen die Zweckmäßigkeit, den Ursachen der Dinge auf den Grund zu gehen usw. usw. Solche Verfahrenswidrigkeiten sind besonders leicht zu erkennen; könnten deshalb mit größter Einhelligkeit bekämpft werden; und eine geschichtliche Überprüfung würde erweisen, daß vermutlich bereits *ihre* Abwehr genügt hätte, die verhängnisvollsten politischen Fehler der letzten 60 Jahre zu vermeiden.

Bei den *Erkenntniswidrigkeiten* käme besondere Bedeutung dem Kampf gegen die Nichtbeachtung *vulgärer* Einsichten zu. Diese können hier nicht näher umschrieben werden; es handelt sich aber u. a. um solche Wahrheiten, deren Nichtberücksichtigung allgemein nur mit Mißbehagen vollzogen wird und aus deren Nichtbeachtung auf das Vorherrschen einer heillosen Verwirrung oder auf das Inngangsein eines Selbstentfremdungsprozesses geschlossen werden muß. In solchen Fällen ist — statt einer trügerischen Hoffnung auf spätere Selbstkorrektur des Absurden — ein sofortiger Widerstand und daserspüren des Ursprungs des Absonderlichen der einzige Weg zur Vermeidung keimender Verhängnisse.

Erst an dritter Stelle steht dann der Kampf gegen die Nichtnutzung *fachwissenschaftlicher* Wahrheiten, denn so wichtig deren

Beachtung ist, so wird sie doch vergebens sein, wenn nicht die groben Verstöße gegen vulgäre Einsichten und Verfahrensprinzipien unterbunden wurden.

Die Mängel des bisherigen Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik liegen vor allem in folgendem:

1. Indem die Wissenschaft auf die Bekämpfung der Verfahrens- und der Vulgärverstöße verzichtete, unterließ sie jede Einwirkung auf die Grundkonzeption der Politik und auf die Art ihres Zustandekommens. Die Fachwissenschaften werden dadurch Mägede der Politik, durch die das Gute verbessert, aber auch das Schlimme verschlimmert wird.

2. Indem die Fachwissenschaften die Politik nur fachlich beraten, schließen sie nicht aus, daß ihre Ratschläge falsch kombiniert werden. Auch können bei rein fachlichen Beratungen elementare Einsichten der Nachbargebiete übersehen werden. Auch kann im Konkreten und Ganzen unendlich verfehlt sein, was im Speziellen und Fachlichen durchaus trefflich scheint.

3. Aber selbst im rein Fachlichen sind speziell die Sozialwissenschaften vielfach nicht derart organisiert, daß die der Disziplin *gemeinsamen* Erkenntnisse mit Erfolg zur Geltung gebracht werden könnten; sondern was je zum Durchbruch kommt, sind eher Überzeugungen, die nur von Gruppen geteilt werden.

Der Sinn der Scientifizierung ist also nicht, die Politik zu „führen“; auch nicht, Politik zu treiben; sie will auch nicht die Politik beraten — dazu wären andere Einrichtungen zu schaffen. Sondern ihr (bescheidenes, aber gerade dadurch realisierbares) Ziel ist, die Mißachtung vorhandener Wahrheiten und bewährter Prinzipien seltener zu machen; dadurch das politische Leben zu entwirren; und den Absturz in das Wissenschaftswidrige, in die Selbstentfremdung und in die Katastrophe zu verhindern.

5. Der Apparat der „abwehrenden“ Scientifizierung

Zu diesem Zweck hätten die Sozialwissenschaften geeignete Institutionen zu ersinnen und ins Leben zu rufen.

Man kann sich an der Spitze dieser Institutionen etwa ein Scientifizierungskuratorium, eine Scientifizierungszentrale denken. Dieses Gremium, gebildet aus Sozialwissenschaftlern, einigen Vertretern anderer Disziplinen und einigen der Scientifizierung geneigten Politikern, hätte die Aufgabe, vom Standort der Wissenschaft und somit

aus der Distanz das aktuelle politische Ganze zu beobachten und keimende Wissenschaftswidrigkeiten, falls sie verhängnisvoll zu werden drohen, durch seinen Einfluß, durch seine öffentlichen Warnungen und notfalls durch den Widerstand, zu dem es aufruft, zu bekämpfen.

Zu seiner Unterstützung wäre eine Werbestelle zu schaffen. Fachliche Scientifizierungsausschüsse könnten Vorarbeiten leisten, wodurch sich auch die Möglichkeit ergäbe, öffentliche Warnungen in mehreren Instanzen auszusprechen. Ebenso könnte an die Gründung von Organisationen gedacht werden, die sich die Unterstützung des Unternehmens und die Beteiligung an seinem Widerstand zur Aufgabe machen. Wie sich heute unter dem Einfluß der Wissenschaft viele von der Politik fernhalten, so werden sich unter ihrem Vorbild auch viele an dem Scientifizierungsbestreben beteiligen. Der jetzige Zustand, in dem die Wissenschaft mehr und mehr zur Verschärfung der Gegensätze herangezogen wird, ist zu gemeingefährlich, als daß nicht alle Versuche, sie zu deren Entspannung heranzuziehen, freudigem Beifall begegnen sollten.

6. Wechselseitige Verpflichtung

Es bleibt nun noch die Frage, welche Motive Wissenschaft und Politik veranlassen sollten, sich mit der Scientifizierung zu befassen resp. abzufinden. Dazu wäre folgendes anzudeuten:

Aller Forschung liegt ein faustisches und ein humanitäres Fernziel zugrunde. Eine Vernichtung der Zivilisation würde das Grundwollen der Forschung durchkreuzen. Alle Forschungsarbeit, die in ihren Wirkungen der Vernichtung der Zivilisation und damit der Wissenschaft dienen könnte, ist letzten Endes wissenschaftswidrig. Die Scientifizierung, also das Bemühen um eine Vermeidung von Katastrophen, entspringt folglich den innersten Antrieben der Wissenschaft, die sich selbst untreu und zum Verräter an ihrer Zukunft würde, wenn sie auf solche Bemühungen verzichtete.

Ähnlich auf seiten der Politik. Deren Situation ist heute dadurch charakterisiert, daß sie in ihrem bisherigen Stil über die Umwälzungen nicht mehr Herr wird, die sich als Folgen des pausenlosen Erkenntnis- und Erfindungsfortschrittes ständig im Bereiche der gesellschaftlichen Welt vollziehen. Ein neues, glücklicheres und zeitgemäßeres Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik zu finden, ist somit *die* große politische Aufgabe unserer Zeit, an der vorbeizusehen niemand sich wird leisten können, der als Politiker gelten möchte.

Es besteht also eine wechselseitige Verpflichtung zur Zusammenarbeit, im Selbstinteresse und im Interesse der — von Politik und Wissenschaft in gleicher Weise bedrohten — Allgemeinheit. Dieser Verpflichtung kann schon in nationalem Rahmen in gewissem Maße genügt werden. Ein voller Erfolg im Entscheidenden wird jedoch nur eintreten, wenn auf globaler Basis mit parallelen Bemühungen begonnen wird, wozu ein allseits zumutbarer Ansatz zu finden wäre.

An diesen Vortrag des Herrn Dr. Sting schloß sich eine sehr rege Aussprache an, die entsprechend dem Charakter des Rundtafelgesprächs nicht in den strengereren Formen einer organisierten Diskussion vor sich ging. Es würde zu weit führen, hier die allerdings manchmal recht beachtenswerten Ausführungen aller Redner wiederzugeben. Um jedoch einen Eindruck von der Aufnahme zu gewähren, die die Vorschläge des Herrn Dr. Sting fanden, geben wir im folgenden manches teilweise nur in einigen Stichworten und Andeutungen, teilweise in ausführlicheren Wiedergaben; jedoch bedeutet der Grad der Ausführlichkeit oder Zusammenfassung keinerlei Werturteil. Die Kürzungen sind nur technisch zu erklären.

Prof. Dr. H. Herrfabrdt, Marburg:

1. Politische Wissenschaft

In Deutschland ist eine Wissenschaft vom Politischen nötiger als in vielen anderen Ländern, weil bei uns die sachliche Behandlung politischer Fragen erschwert wird durch die Schärfe der Parteigegensätze und die daraus entspringende menschliche Entfremdung. Zugleich ist aber durch die Scheu des Wissenschaftlers davor, sich in das Spannungsfeld des Politischen zu begeben, die Entwicklung der politischen Wissenschaft gehemmt. Hinzu kommt die Neigung der deutschen Wissenschaft zu Spezialisierung und zur Beschränkung auf exakt erforschbare Gegenstände, sowie der Zweifel an der wissenschaftlichen Möglichkeit von Werturteilen. Das Fehlen einer Wissenschaft, die auf politischem Gebiet die Leidenschaften durch sachliche Belehrung mildern und der Verbreitung von Irrlehren vorbeugen könnte, hat mit dazu beigetragen, daß sich nach dem ersten Weltkrieg die inneren Spannungen bei uns immer mehr verschärften und schließlich zur Katastrophe des Nationalsozialismus führten.

2. Besonderheiten der deutschen Lage

Die Übertragung der in Westeuropa im Zeitalter der „bürgerlichen Gesellschaft“ ausgebildeten Formen des parlamentarischen Parteikampfes auf das nach Weltanschauungen und Klassen gespaltene deutsche Volk hat dazu geführt, daß sich die unduldsamen Richtungen auf der Rechten und Linken gegenseitig stärken und radikalieren, während die um Vermittlung bemühten Parteien zerrieben werden. Durch soziale Spannungen war die Ausbildung eines gemeinsamen Nationalgefühls erschwert. Das Ausbrechen eines Teiles des Volkes aus der nationalen Gemeinschaft weckte auf der anderen Seite krankhaft verzerrte Formen des Nationalgefühls.

Bei unserer Mittellage zwischen Osten und Westen verquicken sich die innerpolitischen Gegensätze mit den weltpolitischen Spannungen und verschärfen sich gegenseitig. Nur ein Deutschland, das sich geistig über die Anti-

thesen Individualismus — Sozialismus, westliche Demokratie — östliche Diktatur erhebt, kann dazu beitragen, die weltpolitischen Spannungen zu mildern und einem neuen Krieg vorzubeugen.

3. Die doppelte Aufgabe der politischen Wissenschaft

Die Wissenschaft vom Politischen hat in Deutschland eine doppelte Aufgabe: 1. Sie muß auf der Grundlage sachlicher Klärung politischer Fragen mit geistigen Mitteln auf gegenseitiges Verstehen und auf Überwindung der menschlichen Entfremdung hinarbeiten. 2. Sie muß durch Beteiligung an praktischen Gestaltungsfragen des Staatsaufbaus dahin wirken, daß solche Institutionen geschaffen werden, die das gegenseitige Verstehen fördern und keine Gelegenheit zur agitatorischen Verschärfung der Gegensätze bieten. Das wichtigste Gegenwartsproblem dieser Art ist die Frage, unter welchen Bedingungen das Mehrheitsprinzip integrierend wirkt, und in welchen Fällen an die Stelle von Mehrheitsbeschlüssen unparteiisch-schiedsrichterliche Entscheidungen treten müssen. Im innerstaatlichen Leben ist es z. B. das Problem: Mehrheitsregierung oder Regierung des gemeinsamen Vertrauens aller Volksglieder, im Völkerrecht das Problem, ob die Weiterbildung in Richtung einer Weltregierung mit Mehrheitsbeschlüssen oder auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit gesucht werden soll.

4. Die praktische Reichweite der politischen Wissenschaft

Es ist zu unterscheiden:

a) Die Wissenschaft als Klugheitslehre, d. h. als Erkenntnis der richtigen Mittel zu einem vorausgesetzten Ziel. So ist es gegenwärtig zur Rettung Deutschlands erfolversprechender, nicht an das Mitleid, sondern an die Klugheit der Sieger zu appellieren. Auf Grund unserer besseren Kenntnis der deutschen Lebensbedingungen können wir ihnen zeigen, wo ihr eigenes wohlverstandenes Interesse liegt. Eine auf Erfahrung aufgebaute Lehre von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tatsachen kann bei der Vertretung deutscher Interessen mehr nützen als eine an Ressentiments appellierende Agitation.

Ebenso weist unsere wirtschaftliche Notlage im Inneren auf sachliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen allen Gliedern des deutschen Volkes hin. Klassenkampffideologie hat, unabhängig von ihrer moralischen Wertung, nur einen Sinn, wo man sich um Verteilung eines Überschusses streitet, nicht in einer Notlage, wo erst durch Zusammenarbeit die Lebensgrundlagen geschaffen werden müssen.

b) Über den Typus einer bloßen Klugheitslehre hinaus muß die politische Wissenschaft aber auch versuchen, an der Klärung der letzten Ziele und Wertmaßstäbe mitzuarbeiten und das als richtig Erkannte überzeugend zu verbreiten, auch wenn in diesen Fragen eine eigentliche wissenschaftliche Beweisführung nicht mehr möglich ist. Auch hier kann die Wissenschaft vermittelnd wirken, indem sie die relative Berechtigung der mit Absolutheitsanspruch auftretenden Wertungen aufzeigt und auf Möglichkeiten gegenseitiger Ergänzung hinweist, z. B. zwischen Glauben und Denken, zwischen Rationalem und Irrationalem, zwischen Idealismus und Utilitarismus.

Dr. Dr. Alfred Peters, Köln:

Meine Frage, ob die Solidarität der Intellektuellen zur Rettung des Friedens jeweils ad hoc durch gemeinsame Stellungnahme *im akuten Krisen-*

falle in Funktion treten solle oder mehr an eine *Festlegung für alle Fälle* gedacht sei, wurde von Dr. Sting zunächst im Sinne der ersten Alternative beantwortet, dann aber ergänzt durch Herausstellung der Notwendigkeit gewisser *Vorbereitungen*.

Meine weitere Frage, ob damit die Möglichkeit einer *Rationalisierung des gesamten Feldes der praktischen Politik postuliert* werden solle, blieb zunächst offen, jedoch konkretisierte sich Dr. Stings Standpunkt bald dahin, daß zum mindesten die intellektuelle Bereinigung *der Fälle* zu erstreben sei, über deren Vernünftigkeit bzw. Vernunftwidrigkeit Einmütigkeit zu erzielen sei: solche Fälle gäbe es — und *trotzdem* gehe die Politik im Resultat den Weg des objektiv *Widernünftigen*. Sofern nun mit dieser Einmütigkeit eine solche der Intellektuellen oder doch der politischen Führer gemeint ist, hätten wir also *zunächst* die Problematik, die — gemäß dem engsten Thema einer „Scientifizierung der Politik“ — der Franzose Giraudoux in dem Drama „Der trojanische Krieg findet nicht statt“ aufgeworfen hat. *Zu vermeiden* wären durch solche Scientifizierung der Politik *die Fehllösungen*, bei denen etwa auch der führende Staatsmann der Sieger im ersten Weltkriege, Lloyd George, zugestehen mußte, daß „wir alle mehr oder weniger in den Krieg hineingeschlittert sind“. Wenn nun ein auf solche Weise „vernünftig“ geregelter Fall allein durch einen programmwidrigen Eingriff aus den unteren Schichten, und zwar einzig infolge eines Mißverständnisses (wie im erwähnten Drama) in letzter Minute vor der Abwendung des Verhängnisses doch noch negativ verlaufen kann, so ist mit solcher Regelung — das zeigt der französische Dichter — nicht viel geschehen. Aber Dr. Sting will augenscheinlich mehr — und zweifellos haben wir heute die Mittel, im Normalfalle solche reinen *Zufallsdurchbrechungen* gleichfalls weitgehend auszuschalten (womit die Problematik Giraudoux' für uns zu einer atypischen wird!). Allerdings befinden wir uns damit sofort *außerhalb* der Problematik einer „Politik als Wissenschaft“, deren „Möglichkeit“ bei uns K. Mannheim im Mittelstück seiner umstrittenen Schrift „Ideologie und Utopie“ zur Debatte stellte. Aber gewiß *haben* wir — ein Einverständnis der Geistigen (einschließlich der politischen Führer) vorausgesetzt — die Möglichkeit, den Gesichtspunkten solcher Einigung durch Propaganda in den breiten Massen ein solches Geltungsgewicht zu verschaffen, daß restliche irrationale Herde in den Massen durch Aufklärung von Mißverständnissen und evtl. Einsatz der eigenstaatlichen Machtmittel einzudämmen und auszuschalten wären. Nun hieße es aber, *auch die heutige Lage*, hieße es, die *prinzipielle* Problematik des Politischen verkennen, eine *ganze Dimension* dieser Problematik übersehen, wenn man damit die Frage erledigt glaubte. Ein konkretes Einverständnis der führenden Politiker im Einzelfalle bedeutet im gezeichneten Rahmen die Erhaltung des Friedens, gut. Aber ist solches Einverständnis schon damit gesichert, daß etwa zu einem gegebenen Zeitpunkt — wie es heute nahegelegt ist — die ganze Welt pazifistisch wäre? Der Friede sei zu retten — *denn* „die Völker wollen keinen Krieg“: so der Tonus des Breslauer Intellektuellenkongresses. Und genau im gleichen Sinne glaubt Dr. Sting den Frieden dadurch sichern zu können, daß vorbeugend Einverständnisse allgemeiner Art über die Unsinnigkeit eines Krieges erzielt werden. Und der Rundfunk bringt Hörspiele, die vom Alptraum der wachsenden technischen Vernichtungsmittel auf das Sakrilegium eines Menschheitsfrevels wider eine göttlich gesehene Natur beschwören und eine ethisch begründete Einschränkung und demgemäß dauernde Überwachung der Technik fordern: zweifellos auch von dem Gesichtspunkt aus, daß *von dieser Seite her* eine *Sicherung auch politischer Art* zu gewinnen sei. Allen solchen Hoffnungen gegenüber muß aber

mit Max Weberscher Strenge betont werden, daß keine noch so edle *Gesinnung* im politischen Raum eine Sicherung bedeutet, daß aber die auf eine *maximale* Sicherung zielende „*Verantwortungsethik*“ dem aktiven Politiker in der heutigen Welt — bevor eine geistig-politische *Welteinheit* erreicht ist — prinzipiell eine *zwiespältige* Norm auferlegt: neben der umfassenden Verantwortung für die Menschheit die besondere für sein Volk. *Jene* teilt er im Prinzip mit den Politikern jenseits der Grenzen, *diese* trägt er u. U. *allein* — und ihre Abspaltung gegen jene ist mit der natürlichen Differenzierung der vitalen Interessen der Völker im derzeitigen Weltalter gegeben. Die Verantwortung vor der Menschheit hat er insbesondere auch im Rahmen einzelstaatlicher Politik durch das Streben nach friedlicher *Einordnung* in die Weltpolitik zu wahren, was praktisch in erster Linie darauf hinausläuft, daß er dem sonderstaatlichen Interesse dienende Wege möglichst elastisch, kompromiß-offen hält, möglichst wenig, heißt das, mit dem Prestige des von ihm vertretenen Staates belastet (beiläufig so ungefähr das Gegenteil der augenblicklichen Praxis der Weltmächte). *Möglichst* kompromiß-elastisch — bis an die Grenze, wo eine Prestige-Kontroverse lebensbedeutsamen Ausmaßes ein gebieterisches Halt spricht. Eine Prestige-Kontroverse als die akute kämpferische Zuspitzung, in der — neben verantwortungslosen Provokationen — auch die jeweils ethisch berechnete und geforderte Wahrung eigenstaatlich differierender Interessen typisch ihren primären Ausdruck im Felde der großen Politik findet. Es ist kein Zweifel, daß die *Möglichkeiten* solcher Zuspitzungen sehr herabgemildert werden können durch Eindämmung des Spielraumes für verbrecherische Provokationen. (Darauf zielt die Ideologie der gegenwärtigen Weltpolitik.) Aber es ist nicht weniger gewiß, daß es auch *jenseits* solcher Provokationsmöglichkeiten in der staatlich differenzierten Welt ganz prinzipiell, gewissermaßen weltpolitisch „legitim“, Interessenkollisionen geben kann, die nicht wegrationalisiert werden können und die also in Prestige-Kontroversen der erwähnten Art ihre Indikation finden würden. Was in der zurzeit aktuellen Weltlage ein *wirklicher* Prestigeverlust für eine der beiden großen Parteien bedeuten würde, ist leicht einzusehen. Wobei natürlich wohl zu beachten wäre, daß angesichts der heutigen Wachheit des *Weltgewissens* das in aufrechter Haltung vollzogene „Opfer“ einer Position wohl gar einen *Gewinn* an Prestige bedeuten kann. Das ändert aber nichts an der prinzipiellen Lage, daß ein *wirklicher* Prestigeverlust u. U. den politischen Tod bedeuten kann, wenn nicht sofort, so doch in seinen Folgewirkungen. Daß das von keinem seiner Zukunft bewußten Weltstaate zu *erwarten* ist, das eben macht die Schwierigkeit der augenblicklichen Weltsituation aus. Es ist aber auch nicht zu *fordern*. Und das ergibt — neben der Problematik der „Politik als Wissenschaft“ und der anschließenden, vielfach darin eingebegrienen, bei strenger Problemstellung aber gesondert ins Auge zu fassenden Problematik der Propaganda — die *dritte* Dimension des „irrationalen Spielraums“ des politischen Feldes. Und *diese* Irrationalität ist ganz prinzipiell *nicht auszuschalten*, nur in ihren dimensional Möglichkeiten zu begrenzen. Das kann viel bedeuten; aber es ist Aufgabe des jeweils konkreten Einzelfalles — und ganz ausschließlich Aufgabe des *aktiven* Politikers.

Dr. H. Maus, Mainz:

Herr Sting appelliert an die Vernunft: die Theorie soll die politischen Leidenschaften besänftigen. Aber beeinflussen die politischen Leidenschaften nicht auch die Theorie? In der Sozialökonomie wird das gleiche Phänomen jeweils recht verschieden interpretiert — sollen wir nun der Vernunft des

Herrn Röpke oder der Schumpeters vertrauen, der dem Sozialismus nicht mehr so abhold ist, oder gar der Marxens? Herr Sting scheint mir die Abhängigkeit der Theorie von der politisch sich auswirkenden Interessenlage nicht zu sehen oder doch zu unterschätzen. Er teilt den Irrtum Karl Mannheims, vergrößert ihn und verkennt zugleich die richtige Fragestellung nach dem Verhältnis von Politik und objektiver Theorie, um die wir uns allerdings zu kümmern hätten.

Dr. E. Schwarz, Neustadt-Haardt:

Ich war sehr überrascht, im Programm der gegenwärtigen Tagung zu lesen, daß auch die Frage der „Scientifizierung der Politik“ besprochen werden solle. Ich selbst habe eine ganz ähnliche Sache geplant, nämlich eine „Politische Akademie“ und gestatte mir, Ihnen zur Orientierung darüber die Einladung zur Bildung dieser Akademie vorzulesen:

Die Politische Akademie (vgl. E. Schwarz, Politischer Wegweiser für und zu Deutschland, Heidelberg 1948 bei Lambert Schneider, S. 100) soll eine freie Vereinigung der politischen Intelligenz (politische Publizisten und Universitätslehrer) darstellen. Die Verfassung soll der einer wissenschaftlichen Akademie entsprechen, in den Ländern sollen Arbeitskreise gebildet werden mit Heidelberg oder Frankfurt (Weinheim) als vorläufigem Mittelpunkt. Voraussetzung ist die völlige Gleichheit aller Mitglieder, die Vertreter der verschiedensten Auffassungen, also selbstverständlich auch Kommunisten sein können.

Die Politische Akademie soll also kein „Professorenparlament“ sein, das sich ja sofort die Geringschätzung der politischen Praktiker zuziehen würde. Sie muß aber endlich einmal dem Gedanken Bahn brechen, daß in der Politik eines Zeitalters, in welchem Naturwissenschaft und Technisierung eine fast totale Herrschaft geltend machen, neben Rechtsanwälten, Arbeiterführern, Wirtschaftlern usw. eine neue Schicht zu Wort kommen muß, eine Schicht, die besonders befähigt ist, bei der Schwierigkeit und Tragweite der heutigen Entscheidungen klärend mitzuwirken: die Schicht der politischen Intelligenz („Intelligenz“ im ganz prägnanten soziologischen Sinne). In der Politischen Akademie muß dieser Gedanke eine so überzeugende und eindrucksvolle Gestalt gewinnen, sie muß so aktiv werden, daß die bisherigen Träger der Politik, auch soweit sie etwa eifersüchtig ihre „Belange“ wahren möchten, der Anerkennung dieses neuen Faktors nicht ausweichen können. Die Politische Akademie, die sich auf Rat und verständnisvolle Kritik beschränken soll, muß eine solche Haltung einnehmen, daß alle Berufspolitiker, denen es nicht gerade nur um die Macht ihrer Funktion, sondern wesentlich um die Förderung der Sache selbst geht, in ihr keine Konkurrenz, sondern eine unbedingt erwünschte Unterstützung sehen müssen. Sie muß beispielgebend sein für das politische Leben überhaupt, und sie muß dafür eine Atmosphäre schaffen, die von höchster Urbanität durchdrungen ist.

Im vollen Bewußtsein dessen, daß es die Wissenschaft ist, die heute mehr als je die Formen unserer geistigen Existenz mitbeeinflusst, soll der Geist der Zusammenarbeit und des Zusammenhaltes der Politischen Akademie dem eines Kollektivs von Wissenschaftlern entsprechen, etwa in dem Sinne, in dem Prof. Oppenheimer, der Leiter der amerikanischen Atomwaffenanlagen, einer der bedeutendsten modernen Physiker, diesen Geist kürzlich gekennzeichnet hat: daß jeder im andern den Richter, den Rivalen und den Mitarbeiter sieht und alle durch Methoden gebunden sind, die jede Unsachlichkeit verbieten. Dies gilt aber nur für die Organisations- und Arbeitsweise, bedeutet

also keineswegs, daß etwa nur rationale Kräfte zur Geltung kommen sollen — im Gegenteil, gerade auch im Politischen soll und muß der ganze Mensch Berücksichtigung finden.

Es ist gewiß nicht leicht, die Vertreter der politischen Intelligenz, die naturgemäß meist Einzelgänger sind, in gemeinsamer Zielsetzung zu vereinigen; Bindung an Parteien, Eigenwilligkeit, Neigung zu Rivalität und zu scharfer Kritik an Andersdenkenden müssen hier die Bildung einer Gemeinschaft sehr erschweren, und so mag fast jeder von ihnen seine Bedenken haben. Diese Bedenken müssen aber zurücktreten, einmal um dem Gedanken echter Demokratie jene Repräsentanz zu geben, die unser Land gerade von der Intelligenz erwarten darf, und dann, um in einem bedeutenden historischen Augenblick alle Kräfte, auch die der Intelligenz, sinnvoll und geschlossen einzusetzen. Es ist klar, daß die Intelligenz zu ganz anderer Wirkung kommen muß, wenn sie einmal erkannt hat, welche außerordentlichen Kräfte in ihrem Zusammenschluß liegen. Auf keinen Fall darf dieser Zusammenschluß daran scheitern, daß der einzelne den gerade in dieser Schicht besonders starken Absonderungsneigungen erliegt. Stärkere Kräfte der Verantwortung und der Einsicht müssen zu der gemeinsamen Aufgabe hinführen.

Die Erinnerung an das Jahr 1848 verlangt mehr als nur Dichterreden und Gesänge, sie verlangt von der geistigen Schicht das Bewußtsein einer einzigartigen politischen Aufgabe, sie verlangt Einigkeit und Aktion! Aktion nicht im Sinne des Machtstrebens oder im Kampf der elementaren politischen Interessen, sondern als geistige Differenzierung durch Haltung und Prüfung, nicht aber von der Studierstube aus, sondern von der Agora her und in zwingendem einheitlichem Wirken.

Der Zusammenschluß der politischen Intelligenz ist ganz besonders notwendig in dem Augenblick, der über die Stellung Deutschlands in Europa entscheidet. In einem solchen Zeitpunkt müssen an der politischen Front auch die Männer sichtbar werden, die das geistige Deutschland vertreten und die schmale Fahrtrinne zwischen Ost und West mit ausloten helfen können.

Die Politische Akademie muß schließlich neben der Regierung das Sprachrohr zur Welt sein, sie ist besonders berufen, von erhöhter Stelle aus das Gewissen der Welt anzusprechen und sich der Kräfte zu bedienen, die in den kulturellen Beziehungen der Völker liegen. Gerade auf diese Weise muß Deutschland sich in die internationalen Zusammenhänge so rasch und so kraftvoll wie möglich wieder einschalten.

Wir laden Sie ein, am Aufbau dieser Politischen Akademie teilzunehmen und bitten Sie zugleich, uns Männer namhaft zu machen, die Ihrer Ansicht nach Eignung und Neigung für diese politische Aufgabe haben, damit wir uns auch an sie wenden können.

Die Zeitverhältnisse dulden in bezug auf die Schaffung der Politischen Akademie keinen Aufschub. Wir bitten Sie deshalb, uns recht bald Ihre Meinung mitzuteilen und uns zu sagen, ob Sie zur Mitarbeit bereit wären. Die erste Zusammenkunft soll etwa Mitte September in Weinheim (oder Heidelberg oder Frankfurt) stattfinden¹⁾.

¹⁾ Eine Diskussion über die Frage der Politischen Akademie war infolge der vorgerückten Zeit nicht mehr möglich, doch ergab ein Gespräch zwischen Herrn Schwarz und Herrn Sting, daß mit „Scientifizierung“ mehr die Übertragung wissenschaftlicher Methoden auf die Politik gemeint ist, während Dr. Schwarz eine bestimmte soziale Schicht (die „Intelligenz“) als Trägerin wissenschaftlicher Geisteshaltung zur politischen Tätigkeit heranziehen möchte.

Prof. *Max Graf zu Solms*, Marburg:

Gerade innere Bejahung der Absichten des Referenten zwingt zur Aussprache über die Grenzen der Durchführbarkeit und zwingt zur Herausarbeitung der skeptischen Bedenken.

1. Sc. ist an sich rein formales Prinzip, welches mit verschiedenen objektiv geistigen Inhalten in Zusammenhang stehen kann. Es ist aussichtslos und aus Gründen intellektueller Redlichkeit gar nicht wünschbar, daß verschiedene Geistesrichtungen auf den gleichen Generalnenner gebracht werden. Es gibt nicht „selbstverständlich“ Wünschbares für alle.
2. Die subjektiven Störungsfaktoren sind mitzubeachten; die Hegelsche „List der Vernunft“ pflegt sich der Fanatiker zu bedienen, um partikuläre Absichten zur Macht zu bringen.
3. Zu beachten ist die verbleibende Wirkkraft oberflächlicher Scheinantithesen in den sogenannten Massenzeitaltern.
4. Man könnte noch auf weitere subjektive Störungsfaktoren hinweisen.
5. An positiven, mit Vorsicht „Optimismus“ erlaubenden Zukunftsaspekten wäre aber herauszustellen:
6. Was die statistischen Ämter den Behörden an technischem Material zur Verfügung stellen, könnte darüber hinaus ein Sozialkuratorium an fachsoziologischer Beratung fortlaufend leisten.
7. Frühzeitige Ausschaltung hysterischer Demagogen könnte durch fortlaufende Beratung in Anlaufstadien wenigstens versucht werden; die öffentliche Meinung und ihre Organe wie Presse usw. könnte mit vergleichend historischem Material beliefert werden. Denn:
8. In Massenzeitaltern gehen ja den progressiven Hysterisierungsprozessen progressive Desillusionierung und Rationalisierung parallel. In diesem Wettlauf besteht immerhin die sittliche und sachliche Pflicht, auch bei vielleicht nicht großer Erfolgchance, als Konkurrent mitzumachen und nicht vorzeitig aus dem Rennen auszuschneiden.
9. Zusammenfassend: Bei aller Skepsis Grenzen aufzeigen heißt vielleicht, Möglichkeiten retten.

Prof. Dr. *Litt*, Bonn:

Mit Erstaunen habe ich aus der Diskussion ersehen, daß bei uns noch viel mehr Vertrauen zur Wissenschaft vorhanden ist, als man nach ihrer durchschnittlichen Haltung unter dem Hitler-Regime annehmen sollte. Es läßt sich ja leider nicht bestreiten, daß es bei ihr sowohl an Klarheit des Blicks als auch an Tapferkeit des Bekennens weithin gefehlt hat. Offenbar ist es doch um das Verhältnis zwischen wissenschaftlichem Scharfsinn einerseits, politischem Urteil und menschlicher Reife andererseits komplizierter bestellt, als gemeiniglich angenommen wird. Auch die Vorschläge zur „Scientifizierung der Politik“ scheinen mir in dieser Hinsicht nicht klar genug zu sehen. Eine solche möchte dann noch am ehesten möglich sein, wenn es eine „Technologie der Politik“ gäbe, die für angestrebte politische „Zwecke“ die zugehörigen „Mittel“ zu wissen gäbe. Aber angesichts der politischen Wirklichkeit versagt die Mittel-Zweck-Kategorie. Die Grundwertungen, die für den politischen Willen maßgebend sind, durchdringen den *ganzen* Prozeß des politischen Denkens und schließen die Möglichkeit einer „Technologie“ des Politischen aus. Und gar diese Grundwertungen selbst lassen sich am wenigsten wissenschaftlich begründen. Im übrigen würden sich schon dann die größten Schwierigkeiten herausstellen, wenn es zu entscheiden gälte, wer dem Gremium der politischen Weisen angehören soll. Und die Auskünfte dieses Gremiums — glaubt man, daß sie

von den politischen Gewalten auch dann anerkannt werden würden, wenn sie mit ihrem eigenen Willen nicht übereinstimmen? Ich kann mir das Zusammenwirken dieser verschiedenen Instanzen praktisch nicht vorstellen. Mir scheint, daß die Einwirkung der Wissenschaft auf die Politik an anderen Stellen und in anderer Weise herbeigeführt werden muß. Es geht nicht an, die politische Weisheit wie ein Zusätzliches auf die vorhandene politische Wirklichkeit gleichsam aufzusetzen. Sie muß das politische Denken und Willen von unten auf durchdringen. Und zwar nicht nur so, daß die geklärte politische Einsicht in den politischen Parteien *selbst* zu Worte kommt. Sondern vor allem so, daß in der Ausbildung der Menschen von unten auf die Klärung des politischen Urteils angestrebt wird. Hier liegt eine der wesentlichsten Aufgaben der deutschen Hochschule. Aber auch in dieser Hinsicht ist vor der Auffassung zu warnen, als könne man die politische Einsicht durch zusätzlich beigegebene Vorlesungen — etwa solche über Politik — erzeugen. Es kommt alles darauf an, daß in den Wissenschaften *selbst* bzw. in den zugehörigen Vorlesungen selbst dasjenige ausgiebig zur Sprache kommt, wodurch sie zu der Wirklichkeit der Politik in unmittelbarer oder vermittelter Weise in Beziehung stehen. Ich erinnere daran, wie sehr etwa die *medizinische* Fakultät darauf bedacht sein muß, in ihren Hörern nicht nur die berufliche Tüchtigkeit, sondern auch das Bewußtsein um die menschliche Sendung des Arztes zu erzeugen — welche wichtige Fragen der *juristischen* Fakultät durch die grundsätzliche Überlegung über Wesen und Sendung von Staat und Recht auf die Seele gelegt werden — wie sehr *Naturwissenschaft und Technologie* es nötig haben, sich über die Lebensfunktion der einschlägigen Fähigkeiten Gedanken zu machen. Außerdem muß die Hochschule die Stätte sein, an der junge Menschen es lernen, sich in ritterlicher Weise mit abweichenden politischen Meinungen auseinanderzusetzen. Hier und nur hier kann, wie ich glaube, die Durchdringung von Geist und Politik vorbereitet werden, nach der die Verfechter der „politischen Akademie“ verlangen.

Ferner sandte uns Prof. Dr. *Herbert Sultan*, Heidelberg, folgende schriftliche Bemerkungen als nachträglichen Diskussionsbeitrag:

Merkwürdigerweise hat die Diskussion es bisher übersehen, daß die Deutsche Gesellschaft für Soziologie vor fast einem Vierteljahrhundert die Fragen, die uns heute beschäftigen, von einem grundsätzlicheren Standpunkt aus bereits behandelt hat: ich denke an die Heidelberger Tagung von 1924 über „Wissenschaft und soziale Struktur“ mit den Referaten von Max Scheler und Max Adler. Wenn wir von der „Scientifizierung der Politik“ sprechen, dürfte es besonders notwendig sein, sich die wichtigen Ausführungen Schelers über „Scientifismus“ in „die Wissensformen und die Gesellschaft“ zu vergegenwärtigen — ein Fragenkomplex, zu dem unser Thema doch wohl gehören dürfte!

Es ist von der Scheu gesprochen worden, sich in das Spannungsfeld der Politik zu begeben; die Sozialwissenschaften zum mindesten — ich bin sehr vorsichtig — aber haben sich immer in diesem Spannungsfeld befunden: sie sind eingebaut in ein Weltbild, dem auch politische Wollungen zugehören. Wenn man das sagt, spricht man nicht von einer „Politisierung“ der Wissenschaft, sondern von etwas, das hiervon durchaus getrennt werden muß: von der politischen Qualität der Sozialwissenschaft. Meines Erachtens *setzt* eine fruchtbare theoretische Erörterung der Frage der „Scientifizierung der Politik“ die Besinnung auf die politische Qualität der Sozialwissenschaft *voraus*; denn *es geht natürlich nicht an, die Wissenschaft als solche mit ihrem jeweils*

letzten Stand zu identifizieren. Auf eine derartige Identifikation aber läuft das vorgeschlagene Verfahren unweigerlich hinaus.

In der Diskussion wurde als Beispiel auf die Geschichte der Nationalökonomie hingewiesen; ich möchte hier an das — m. W. von dem amerikanischen Präsident Cleveland stammende — Wort der amerikanischen „Institutionalisten“ erinnern (das ich als Motto meinem Kolleg über die „Geschichte der Nationalökonomie“ voransetze): „We are confronted not with a theory, but with a situation“. Die historischen Situationen mit ihren politischen Wollungen, nicht die Theorien, sind das Primäre.

In den Diskussionsbemerkungen von Herrn Dr. Schwarz kam die *politische* Stellung der These von der „Scientifizierung der Politik“ dankenswerterweise zu klarem Ausdruck; es ist die politische Stellung der sog. „Dritten Kraft“. Hier und jetzt steht natürlich nicht diese politische Stellung als solche zur Debatte, wohl aber die Frage, ob nicht eine „Scientifizierung der Politik“, die zu einer derartigen „Politisierung der Wissenschaft“ führt, nur deshalb möglich ist, weil man den *Forschungszusammenhang* einer Wissenschaft mit ihrem jeweils letzten Stand verwechselt, das heißt weil man sich eben des historisch-politischen Charakters dieses Forschungszusammenhangs und der Wissenschaft selbst — *nicht mehr* bewußt ist.

Außerdem sprachen Prof. *Sauermann*, sowie wiederholt Dr. *Sting* und Prof. *v. Wiese*.